

## **Gefangene erheben Vorwürfe: Polizisten sollen in Ingelheim zugeschlagen haben**

*Rheinland-Pfalz/Ingelheim Schwerwiegende Vorwürfe gegen die Polizei: Die Auflösung einer Protestaktion mehrerer Gefangener in der Gewahrsamseinrichtung für Ausreisepflichtige (GfA) in Ingelheim am 13. Juli ist nach Ansicht der Menschenrechtsorganisation Amnesty International nicht so glimpflich abgelaufen, wie die Behörden meldeten.*

Demnach berichteten zehn von elf befragten Insassen des Abschiebegefängnisses Marie Weber von Amnesty, dass sie von der Polizei teils mit Schlagstöcken verletzt wurden, teils im Gesicht und auf dem Kopf.

Der Vorfall war auf Antrag der SPD-Fraktion Thema im Innenausschuss des Landtags.

"Die Berichte der Gefangenen sind zwar subjektiv, aber doch glaubwürdig", sagt Weber im Gespräch mit unserer Zeitung. Sie hält die Stürmung des Flurs, in dem Häftlinge Tische, Stühle und Matratzen aufgestellt und die Tür blockiert hatten, durch das Sondereinsatzkommando der Polizei für überzogen. "Die 22 Personen sind auf Anordnung der Beamten nach eigener Schilderung in ihre Zellen zurückgekehrt und haben weder Widerstand geleistet noch Gewalt angedroht", so Weber. "Trotzdem wurden sie auf den Boden sowie an Wände gedrückt und gefesselt." Die Insassen wollten gegen eine Abschiebung sowie Missstände in der Einrichtung und im Asylrecht protestieren.

Innenminister Karl Peter Bruch (SPD) sieht kein Fehlverhalten der Beamten. Die Polizei habe handeln müssen, weil Gefangene Teile der Vergitterung herausgebrochen hatten und diese als Waffen hätten nutzen können. Laut Bruch bestand die Gefahr, dass die Lage eskaliert. Nur zwei Menschen seien verletzt worden: Bei einem gab es einen Verdacht auf Gehirnerschütterung, bei einem anderen eine Verletzung an der Hand. Trotz des Vorfalls sollen die Gewahrsamsbedingungen nicht verschärft werden.

Stefan Mollner, Leiter der GfA, kann die Vorwürfe nicht nachvollziehen: "Der Einsatz lief äußerst professionell ab." Zur Stürmung selbst kann er nichts sagen, da er nicht dabei war. Die Staatsanwaltschaft hat keine Ermittlungen gegen die Beamten eingeleitet, das Polizeipräsidium äußert sich nicht.

Christian Kirstges (RZO)